

# Vorwärts

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Verlegungen  
nehmen an alle Buchhandlungen und Buchhandlungen  
wegen des 2. und 3. Monats.

Verleger: Dr. Hans Jander, 177 Elm  
Str. corner Broome - Ex. Germ. N.Y.,  
148 West - 37 Str.

Verleger: Dr. Hans Jander, 177 Elm  
Str. corner Broome - Ex. Germ. N.Y.,  
148 West - 37 Str.

Verleger: Dr. Hans Jander, 177 Elm  
Str. corner Broome - Ex. Germ. N.Y.,  
148 West - 37 Str.

**Parteienossen!** Laßt Euch nicht provozieren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

### Wider den Strom!

Ein ganzes Volk in Haß und Wahn,  
Von tollem Grimm entsetzt die Hügel!  
Vom Fregel bis zu Maas und Bahn  
Auf frechem Siegeszug die Hügel!  
Zum Todesstoß bereit die Hand,  
Auf uns geheht die wilde Meute!  
Wir aber halten trotzig Stand  
Und fallen wehrlos nicht zur Beute.  
Die Faust, die unsern Hals umkrant,  
Erwarten wir mit düstern Blick;  
Stoßt zu und trefft uns in's Genick -  
Zum Schlag ist unsre Faust geballt!

Nur immerzu in toller Hast,  
Nur immerzu, den Mund voll Geißel!  
Wählt immer aus den stärksten Art,  
An den uns hängt der „fromme“ Eifer!  
In zu viel Köpfen ward es hell  
Und paffrei reifen die Gedanken.  
Theilt nicht zu früh des Haren Fell  
Und denkt an seine Eisenpranken!  
Ihr jagt ihn nicht in's Maulloch,  
Und ob ihr schäumt und raßt und bellt  
Und ob ihr auf den Kopf euch stellt -  
Trotz alledem, wir siegen doch!

Nur immerzu! Wir schöpfen Muth  
Aus guter und gerechter Sache.  
Sorgt, daß das Uebermaß der Muth  
Euch nicht zum Kinderpötte mache.  
Wo noch ein klarer Kopf entwich  
Dem Deliriren der Gehirne,  
Er mündet ab voll Gekel sich  
Und bietet euch mit uns die Stirne.  
Wer mit so schlechten Waffen sichts,  
Der will nicht Kampf, der will nur Wurd,  
Der wirbt für uns in Süd und Nord,  
Der zwingt uns und besiegt uns nicht!

Ihr hofft, den Hals uns umzudrehn,  
Doch wird die Seifenblase plagen!  
Uns, die so manchen Sturm gesehn,  
Erdauft man nicht wie junge Ragen.  
Habt ihr nach einem Ringen Lust -  
Heran und laßt euch herzhast packen!  
Wir drücken fest euch an die Brust,  
Daß euch im Leib die Rippen knaden.  
Und zieht daher in Saug und Braus  
Der „Ordnung“ herrliche Partei -  
Wir bieten Trost, wir sind so frei -  
Vielleicht geht ihr der Athem aus.

Ihr seid brutal und dennoch schwach,  
Ihr prahlt und möchtet lieber leben;  
Euch bangt, Ihr könntet einen Krach,  
Den zweiten, gründlichern, erleben.  
Ihr droht und seid im Grunde feig;  
Wer weiß, am Ende lernt ihr beten,  
Wenn rüstig wir den Ordnungsteig,  
Den widerlich gemanschten, kneten.  
Ihr steht mit Geldsack und mit Stahl  
Und mit der Bibel dicht geschaart -  
Ja wohl, doch in die Haare fahrt  
Ihr wild euch wieder nach der Wahl.

Bier schielend-dumme Köpfe frecht  
Hervor das plumpe Ungeheuer,  
Doch nur den bledern Spießer schreckt  
Die Spottgeburt von Dred und Feuer.  
Der Junker und der Fortschrittsmann,  
Der Librale zwischen Seiden,  
Ein Muder hinterdrein - wer kann  
Die edle Sippchaft unterscheiden?  
Freisch vor die Klinge mit Gefuch!  
Ihr irrt, wenn ihr zu schreden glaubt,  
Und ob ihr züngelt, zischt und schnaubt -  
Wir sind zu stark zur Ducht vor euch!

Stoßt zu, ihr Herrn, wir stoßen nach!  
Ein einziger Tag wird Alles wenden  
Und nicht die namenlose Schmach,  
Auf die ihr heimlich sinnt, vollenden.  
Ja, knebelt nur das freie Wort,  
Wir halten fest und treu zusammen,  
Und raslos steht im Stillen fort  
Der Brand - kein Meer verdrückt die Flammen!  
Ihr macht's uns herzlich unbequem,  
Doch ob ihr euch verzweifelt stemmt,  
Ihr werdet schließlich fortgeschwemmt!  
Wir siegen doch - trotz alledem!

### Unsere Feinde sind unsere Freunde!

Berlin, 15. Juli.

Die polizeilichen Maßregeln hier in Berlin haben merkwürdigerweise, oder besser: natürlicherweise das gerade Gegenteil von dem bezweckt, was sie bezwecken sollten. Zuerst allerdings waren unsere Parteienossen etwas „paff“, das polizeiliche Donnerwetter kam plötzlich und in einer geradezu „welterschütternden“ Festigkeit - doch bald schon erholten wir uns wieder. Das Gewitter war nicht so gefährlich, wie es den Anschein hatte, der Blitzstrahl zündete nur selten. Ja, man kann es dreist sagen, das polizeiliche Gewitter hat die Luft gereinigt, der Plazregen hat die Gemüther erfrischt, so daß unsere Genossen mit großem Muth und fester Siegeszuversicht in die Zukunft sehen.

Wenn die geheime Polizei hier eine Mine baut, gleich wird eine Gegenmine gelegt; die Polizei glaubt die geheimsten Fäden der hiesigen Agitation in den Händen zu haben, unsere Genossen hier haben aber die Fäden der „geheimen Polizei“ in den Händen trotz Vid und Wada. Die Polizei versucht, verschiedene Parteienossen zu Spitzeln zu machen, aber es giebt auch Polizeispitzel, die aus Noth dieses edle Handwerk ergriffen haben, welchen das „Gewissen“ manchmal schlägt und die unsere Genossen auf irgend eine zarte Weise von bevorstehenden „Uebertrachtungen“ rechtzeitig in Kenntniß setzen.

Die Polizei kennt sämtliche politische und besonders sozialdemokratische „Verbrecher“, unsere Parteienossen aber kennen wiederum sämtliche Mitglieder der höchsten Spitzelkunst und auch die werthen Mitglieder der Criminalpolizei.

Wunderbare Geschichten könnte ich Ihnen erzählen aus diesem interessanten Guerillakrieg zwischen uns und der Polizei - doch da wir die besseren Strategen sind, so will ich lieber nichts verrathen: die Polizei könnte sonst noch gar von uns etwas lernen.

Nichts geschieht in Bezug auf die bevorstehenden Reichstagswahlen seitens unserer Partei, welches das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hätte, und doch kann nichts öffentlich verhandelt werden, weil uns alle Lokale zu Versammlungen abgeschnitten sind. Und doch geschieht Alles, was geschehen muß, ebenso gut ohne Versammlungen; der Gedanke, der früher laut verhandelt wurde, dringt geräuschlos, aber mit Blitzesschnelle zu allen Theilnehmern.

Das kommt davon, weil das ganze Volk hier in Berlin agitirt. Und dagegen ist die Polizei völlig ohnmächtig. Die übliche Polizei möge es sich merken: Die Wahlen hier in Berlin werden jetzt lediglich vom Volke „gemacht“ - jegliche andere „Mache“ ist unmöglich.

Die Polizei scheint dies auch schon selbst zu fühlen; sie ist rathlos, sie soll den Sozialdemokraten auf die Finger sehen und sieht sich dem gesammten arbeitenden Volke gegenüber. Durch die vielen und ungerechten Verfolgungen sind hier in Berlin Sozialdemokratie und arbeitendes Volk völlig Eins geworden. Jetzt erst können wir Sozialdemokraten mit vollständigem unantastbarem Rechte sagen: Wir sind die Vertreter der Arbeiterklasse.

So ist gerade das Gegenteil von dem, was bezweckt worden ist, entstanden; man wollte den Einfluß der Sozialdemokratie auf das arbeitende Volk abschwächen - man hat ihn gehoben; man wollte die sogenannten „Führer“ der Sozialdemokratie in Acht und Aberacht bei dem Volke erklären - man hat sie nur beliebter gemacht; man wollte der sozialdemokratischen Saat den Boden zum Aussprossen entziehen - man hat ihn nur aufgelodert und fruchtbarer gemacht.

Verblendung, Thorheit und Haß unserer Gegner haben für uns gekämpft - sie haben die Einigkeit in unseren Reihen, in den Reihen des arbeitenden Volks noch fester geschmiebet, sie haben unsere Begeisterung, unsere Liebe zur Sache, unsern Siegesmuth neu erweckt und hoch emporgehoben.

„Unsere Feinde sind unsere Freunde“ - Dank deshalb den Polizeimaßregeln, Dank dem brutalen Fabrikantengebahren!

### Elsässische Zustände.

III.  
Die Regierten.

Strasbourg i. E., im Juli 1878.

In unserem letzten Artikel haben wir versucht, den Lesern des „Vorwärts“ ein möglichst anschauliches Bild von den Regierten im Reichsland zu entwerfen; von den Regierten haben wir desto weniger sprechen können und holen dies nach, indem wir uns heute bemühen werden, die Zustände innerhalb der einheimischen Bevölkerung, ihre Bestrebungen und Ziele darzulegen.

Das elsässische Volk hat, wie schon früher betont, seit der Annexion in seiner großen Mehrzahl sich noch immer nicht in den Zusammenhang mit Deutschland hereindenken, immer noch kein Verständniß für die politischen und sozialen Verhältnisse jenseits des Rheins gewinnen können. Wer daran die Schuld trägt, haben wir neulich deutlich ausgesprochen: hätte die Bureaucratie, als sie den Elsässern das gleiche, direkte Wahlrecht zum Reichstag gab, dieses Recht nicht wieder sofort verkümmert und zertrümmert, hätte sie uns nur das jämmerliche Scheinbild der altdeutschen Vereins- und Pressefreiheit verliehen, hätte sie gar die Regelung unserer Angelegenheiten einer aus gleichen, direkten Wahlen hervorgegangenen Deputirtenkammer anvertraut - die elsässischen Wähler wären dann politisch ganz anders herangebildet, als sie es in Wirklichkeit sind.

Unter den embryonalen Zuständen, wie wir sie geschildert, konnten sich aber auch keine politischen Parteien mit festem Programm entwickeln, sondern nur Parteien nach der Nationalität und Religion; es gewannen bloß 3 Gruppen wirklichen Einfluß: die Ultramontanen, die Autonomisten und die Protestler; die Ultramontanen, die in Defanen und Caplanen ein stattliches Heer von Streitern besitzen; die Autonomisten, für die Kreisdirectoren, Regierungsräthe und Bürgermeister eine ebenso geschickte, wie energische Agitation betreiben; die Protestler, die in dem französisch sprechenden Theil des Volkes, also besonders in den Städten des Unterelsaßes, sowie im Oberelsaß und ganz Lothringen einen starken Rückhalt finden.

Die Ultramontanen, die in der französischen Zeit selbst unter oberelsässischen Bauern einen nur geringen Anhang hatten, ernteten zuerst die Früchte der genialen Regierungspolitik. Im Jahre 74 nach trefflich organisiert waren, denen aber gerade dieses Bündniß den Hals gebrochen hat, brachten sie von 15 Abgeordneten 11 ihrer Candidaten durch, während sich die blamirten und düpirten Protestler mit 4 Sitzen begnügen mußten. Am 10. Januar 1877 ging es den Ultramontanen allerdings schlimmer: im Unterelsaß wurden sie von den Autonomisten, in Lothringen von der radikalen Protestpartei verdrängt; immerhin behaupteten sie 5 Sitze, die ihnen auch bei den nächsten Wahlen Niemand abnehmen wird, und die wahrscheinlich noch durch den Landkreis Strassburg auf 6 vermehrt werden. Die Bestrebungen dieser Partei sind zu bekannt, als daß darüber ein Wort zu verlieren nöthig wäre - wie in Alt-Deutschland sind sie bald radikal, bald reaktionär, je nachdem die Parole von Rom her lautet: Alles geschieht in majorem papae gloriam.

Als eine eigenthümliche Pflanze, die auf eigenthümlichen Boden emporgeschossen, präsentirt sich die sogenannte Autonomistenpartei. Sie steht auf dem Boden des Frankfurter Friedens und zwar mit beiden Füßen, während die Ultramontanen bloß mit einem darauf stehen, und die Protestler denselben völlig perhorresciren. Das Prinzip der Autonomisten ist, für das Reichsland mögliche Autonomie, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, Selbstverwaltung, Vereins- und Pressefreiheit, direktes Wahlrecht für alle Wahlen „anzustreben“. Viehchen, was willst du noch mehr?

Mit dem Anstreben hat es allerdings eine eigene Verwandniß: die Herren, die ihren Wählern gegenüber mit den freiherrlichen Phrasen um sich warfen, die sich für die echten Söhne des glorreichen Jahres 89 (1789) erklärten und dadurch einen ziemlich erfolgreichen Bauernfang betrieben, zeigten sich in Berlin reaktionärer als die Nationalliberalen. Sie zeigten sich von jedem Broden, der vom Regierungstisch für sie abfiel, so befreidigt, daß sie sich weiter gehenden fortschrittlichen und nationalliberalen Anträgen widersetzten. Beim Oberpräsidium in Ungnade fallen und damit der Abgeordnetenwürde entsetzen zu müssen, ist es für „anstrebende“ Männer ein schlimmes Ding. Die Herren wollten sich um jeden Preis ein „rothes Köcklein“ verdienen und - die Lust macht ersinderlich. In diesen strebsamen Gehirnen sprang denn auch der Gedanke auf, in's Reichsland das „Gottesgnaubenthum“ zu importiren, den Kronprinzen zum Reichsoberwieser in Elsaß-Lothringen zu machen.

Die „gutgesinnte“ deutsche Presse ließ sich natürlich die Gelegenheit nicht entgehen, in handwurmartigen Artikeln dieses Projekt als aus der Mitte des elsässischen Volkes hervorgegangen und von ihm mit Begeisterung aufgenommen, zu verarbeiten. O blutige Fronte! Als ob das elsässische Volk Lust hätte, sich zu den enormen Verwaltungskosten noch in Schulden für einen Hofhalt, prinzipliche Apanagen und ähnliche nützliche Dinge zu stürzen. Wie wenig selbst in den deutschfreundlichsten Kreisen derartige Pläne gefallen, wie wenig selbst in ihnen die Liebe zu den monarchischen Institutionen vorhanden ist, beweist eine uns vor einiger Zeit von theilnehmender Seite erzählte Thatsache. Als nach dem zweiten Attentat die hiesige Studentenschaft eine namentlich zu unterzeichnende Adresse an den Kaiser absandte, unterschrieben von 750 Studierenden 480, eine ziemlich stattliche Zahl; von den 100 hier studirenden geborenen Elsässern unterschrieben: fünf! Die hier studirenden Elsässer stammen nun insgesammt aus Familien, die sich mit den neuen Verhältnissen ausegöhnt, aus den autonomistischen Familien des Unterelsaßes; denn die Protestler schicken ihre Söhne in die französischen Studienanstalten; also von diesen Autonomisten weigerten sich, obwohl aufgefordert, über 90 Prozent, auf der Glückwunschadresse an den Kaiser mit ihrem Namen zu figuriren. - Niemand als die Herren Redakteure und Mitarbeiter des „Elsässer Journals“ wünscht monarchische Einrichtungen im Elsaß; da ist uns die Diktatur noch lieber. Die Inspiranten und Fabrikanten des obigen Blattes dachten, in einem elsässischen Bundesministerium ein warmes Plätzchen zu finden; sie waren phantastisch genug, einen Präidenten- oder Rathstitel zu erhoffen. Niemand hat sich die autonomistische Partei, besser gesagt, ihre Führer mehr blamirt als bei dieser Geschichte - und das will gewiß etwas sagen. Die ansangs so kraftvollen Posaunenstöße in den Gängen und Halbreptilien wurden auf Ordre schwächer und schwächer und verstümmten zuletzt ganz. Parturiant montes, nascetur ridiculus mus; nur wurde dabei nicht einmal eine Maus geboren.

Ob nun diese Partei ihre Sitze behaupten wird, ist mehr als zweifelhaft. Der Landkreis Strassburg geht höchst wahrscheinlich an die Merikalen verloren, der Stadtkreis Strassburg wird von den Protestlern hart umkämpft; in Weissenburg-Hagenau scheint die Sache auch zu wackeln.

Doch wird wohl mit Hülfe der zu Rath und That erdötigen Beamten noch mancher Wähler auf den autonomistischen Humberg reinfallen, um so mehr, als ein Theil der bisherigen Deputirten

auf die Wahl verzichten, und es in der Partei immer noch Persönlichkeiten giebt, die sich nicht ganz unmöglich gemacht haben.

Die autonomistische Partei rekrutiert sich aus den protestantischen Bauern und Kleinbürgern des Unterelbes und den auf höheres Geheiß mitmachenden deutschen Beamten. Ihr heftigster und härtester Feind ist die französische Protestpartei, die den Frankfurter Frieden grundsätzlich negiert, die Annerion also für rechtlich null und nichtig erklärt. In ihr findet sich Alles zusammen, was, ohne Skleral zu sein, der „preussischen Spitze“ entgegenarbeitet: Bonapartisten, Liberale, liberale und radikale Republikaner, ja selbst Sozialdemokraten befinden sich in ihren Reihen. Bei derartigen heterogenen Elementen ist es kein Wunder, daß derselben die Organisation völlig fehlt. Ebenfalls wenig ist ein festes Programm und — aus naheliegenden Gründen — auch keine Vertretung in der Presse vorhanden. Einen wie großen Halt dieselbe gleichwohl noch in der elbischen Bevölkerung hat, zeigt die Thatsache, daß sie trotz ihrer Zerfahrenheit 5—6 Sitze bei den letzten Wahlen erlangt hat und dieselben auch diesmal behaupten wird. Obwohl ein großer Theil ihrer Anhänger prinzipiell nicht in eine deutsche Volksvertretung wählt, hat sie am 10. Januar 1877 doch die größte Stimmenzahl errungen.

In dieser Protestpartei sind viele tüchtige Elemente, die durch den ungeligen Rationalitätshader zu völliger Abneigung und unfreiwilliger Passivität sich verdammt sehen. Aus ihr werden die so zahlreich vorhandenen politisch und sozial-radikalen Elemente mit der Zeit ausscheiden und in die Reihen der bislang noch schwachen elbischen sozialistischen Partei eintreten. Wenn diese letztere unter der einheimischen Arbeiterbevölkerung noch nicht festen Fuß gefaßt — natürlich nicht aus den Ursachen, die von den Pensionären des Welfensfonds in letzter Zeit breitgetreten wurden —, so ist doch ein tüchtiger Kern vorhanden, der trotz der enormen Agitationschwierigkeiten, trotz oder vielleicht gerade wegen des Verbots der deutschen sozialistischen Blätter, der Versammlungen und Vereine, stetig zunimmt. Unsere Pflicht, einerseits der Partei, andererseits dem reaktionären Preßgesindel, das stets die Existenz der Sozialdemokratie im Elbthale leugnet, gegenüber, ist es, das nächste Mal ausführlich zu berichten vom Sozialismus im Reichsland.

## Sozialpolitische Uebersicht.

— Wo die Gewalt nicht hilft, da hilft — die List. Unsere Gegner haben es an keinem von beiden fehlen lassen, obwohl ihnen die Gewalt eine Lieblingswaffe ist.

Gut ist unbedingt der Einfall, den neulich ein behäbiger Geschäftsmann in der Provinz — anwachte, um einen unserer rührigsten Organisatoren und Agitatoren in kleinbürgerlichen und Arbeiterkreisen aus der Wahlstation herauszuheben, die er seit Wochen mit aller Energie und Umsicht aufgenommen hat.

Es wurde demselben, der ein sehr geschickter — — — Meister ist, von einem größeren Geschäft, für welches er früher schon zu wiederholtenmalen auswärts thätig war, abermals auswärtige Arbeit auf mindestens drei Wochen angeboten.

Der Meister hat es nun möglich gemacht, diesem diplomatischen Schachzuge so zu begegnen, daß der großmüthige Antragsteller völlig befriedigt und die sozialistische Sache dabei nicht vernachlässigt werden wird. — Vivat sequens! —

— Menschenhandel. Im „Ostereber Kreisblatt“ finden wir folgendes Inserat: „Die Stellung von Raurergesellen für

den Neubau des Unterhauptes der fünften geneigten Ebene des Elbing-Oberländischen Kanals bei Hirschfeld soll im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden. Versiegelte, mit entsprechender Aufschrift versehene Offerten sind bis zum 12. Juli c., Vormittags 11 Uhr, an den Unterzeichneten einzureichen. Die Bedingungen liegen im hiesigen Bauureau zur Einsicht aus, werden auch gegen Einsendung von 1,5 Mark übersandt. Hirschfeld bei Waldenbude, 25. Juni 1878. Der Baumeister Schierhorn.“ Wir hatten schon früher, bei Gelegenheit der „Lieferung“ schwedischer Diensthöfen, auf diesen schmäblichen Menschenhandel hingewiesen und denselben in das gebührende Licht gestellt. Auch die Deutschen kommen auf diese Raritäten, und an den Arbeitern wird es hauptsächlich liegen, diesem Handel mit Menschenfleisch auf Kosten eben dieses erhandelten Menschenfleisches ein Ende zu machen. Es ist dies nur möglich, indem sich die Arbeiter organisiren, Arbeitsnachweisbureaus errichten und diesen die Vermittlung solcher Angelegenheiten überweisen. Dann wird der Profit den Gewerkschaften und somit den Arbeitern selbst zufallen, und dem Handel mit Menschenfleisch ist ein Ende gemacht.

— Die Ordnungspartei ist ausgeschlossen! Diese Worte sollten neuerdings auf allen Einladungen und Plakaten prangen und an den Lokalen angehängt werden, in denen Wähler- und Volksversammlungen unsererseits abzuhalten waren.

Es war ein derartiger Beschluß zunächst im 13. sächs. Wahlkreise nothwendig geworden, um den „Ausbreitungen“ der Ordnungspartei die Spitze abzubereiten. Das reaktionäre sächsische Vereins- und Versammlungs-gesetz von 1850 ist nämlich unseren verbündeten Reaktionen nicht mehr reaktionär genug, sie corrigiren dasselbe deshalb mit der ganzen Brutalität, die ihnen, hinter der Polizei versteckt, möglich ist.

Es war unter solchen Umständen nothwendig, die Meinung der Oberbehörden darüber zu provoziren, um Gewißheit zu erlangen, wie weit das ungesetzliche Treiben der Gegner geduldet wird.

Eine Anzahl Sozialdemokraten ließ also durch einen Genossen bei der königl. sächs. Amtshauptmannschaft Leipzig schriftlich anfragen, ob es berechtigt sei, daß ein Gemeindevorstand die Abhaltung einer Wählerversammlung verbiete, weil nebst den Plakaten rothe Fettel angeklebt worden waren, worauf die Worte standen: „Die Ordnungspartei ist ausgeschlossen!“

Der Gemeindevorstand hat Recht bekommen, weil dadurch Störung der Ordnung zu befürchten sei! — Was soll das nun aber Anderes heißen, als daß man höheren Orts die Ordnungspartei für fähig hält, sich den Zutritt unter Störung der Ordnung zu erzwingen? — Mögen die „Reichstreuen“ sich dieses Zeugnisses ebenso freuen wie wir, indem wir es neben den Mahnruf stellen: „Laßt Euch nicht provoziren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen!“

— Zur Rachahmung empfohlen. Unter den Firmen, welche dem famosen Circular zur Maßregelung aller sozialdemokratischen Arbeiter ihre Unterschrift gaben, figurirt auch die Maschinenbauanstalt G. Hummel. Mit dieser Firma stand bis jetzt die Allgemeine Deutsche Affiliations-Buchdruckerei in Geschäftsverbindung, und hat letztere seit ihrem Bestehen von ersterer Maschinen etc. im Betrage von 16,310 Mk. 41 Pf. bezogen. Unterm Weizigen ging nun an die genannte Firma folgendes Schreiben: „Allgemeine Deutsche Affiliations-Buchdruckerei (Ein-

getragene Genossenschaft) Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a. Berlin, 12. Juli 1878. Herrn G. Hummel, Maschinenfabrik, hier. Aus einem uns zugegangenen Circular wird hiermit Arbeitgeber, in welchem den Arbeitern angekündigt wird, daß dieselben sich in Zukunft in keiner Weise an sozialdemokratischen Bestrebungen betheiligen dürfen, wenn sie nicht aus der Arbeit entlassen sein wollen, ersehen wir, daß auch Ihre Firma unterzeichnet ist. Da wir die Ausübung eines solchen Gewissenszwanges mit unseren Grundätzen in keiner Weise vereinbaren können, auch nicht Lust haben, mit Firmen weiter zu arbeiten, die einem derartigen Zwang ihre Zustimmung geben, so sehen wir uns veranlaßt, unsere bisherigen Geschäftsverbindungen mit Ihnen abzubrechen. Sollten Sie noch eine Forderung an uns haben, so bitten wir um Einreichung resp. Kassirung Ihrer Rechnung. Achtungsvoll Heinrich Radom.“

— Wir erhalten aus Leipzig folgende Zuschrift:

Geehrte Redaktion!

Angesichts der Reichstagswahl gestatte ich mir als Abonnent des „Vorwärts“ Sie auf einen Uebelstand ganz ergebenst aufmerksam zu machen, dessen Beseitigung im Interesse der freien Betätigung der politischen Ueberzeugung entschieden anzustreben ist. Dieser Uebelstand besteht darin, daß häufig der betreffende Wahlkommisär bei Abgabe der Wahlzettel unter dem Vorwande, nachsehen zu müssen, ob nicht etwa zwei Zettel zusammengefaltet seien, den überreichten Wahlzettel auseinanderfaltet und dabei natürlich den Namen des Candidaten liest. Damit ist eine wesentliche Bedingung, die geheime Wahl, verletzt und Mancher läßt sich durch diese Neugierde, oder wie man es sonst nennen mag, abhalten zu wählen, da es ihm wohl gefährlich werden könnte, wenn seine politische Ueberzeugung unersenen Leuten kund wird, während er sie doch wenigstens in der Wahl eines seinen Grundätzen entsprechenden Candidaten betheiligen möchte, wenn er auch sonst den Mund zu halten genöthigt ist; es wird dies in jetziger Zeit wohl manchen Ihrer Parteigenossen treffen. Ich gehöre keiner der zur Zeit bestehenden politischen Parteien an, was nicht ausschließt, daß ich in vielen sehr wesentlichen Punkten wie jeder vernünftige Mann mit Ihnen gehe, und stehe unabhängig genug da, um meine politische Farbe jederzeit unerböhlen zu zeigen, spreche also nicht pro domo, sondern für Viele, die sich nicht in ähnlicher Lage befinden, wenn ich Sie hierdurch höflich ersuche, noch vor der Wahl in einer Nummer des „Vorwärts“ in präziser, kurzer Weise Verhaltensmaßregeln zu geben und besonders den oben berührten Uebelstand in Betracht zu ziehen mit Anziehung des betr. Gesetzesparagraphen oder der betr. Ausführungsverordnung.

Hochachtungsvoll G. T.“

Die betreffenden Paragraphen lauten:

§ 10. Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein.

§ 11. Der Tisch, an welchem der Wahlvorstand (Wahlkommisär, Protokollführer und Beisitzer) Platz nimmt, ist so aufzustellen, daß derselbe von allen Seiten zugänglich ist.

Auf diesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Vor dem Beginn der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß dasselbe leer ist.

er den ersten Schuß abgefeuert, auf dem Trottoir mit der Schußwaffe bemerkt. Der Schuß müsse auf den Kaiser abgegeben worden sein, da der Rauch davon sich in gleicher Höhe mit der Person des Kaisers befunden habe. Der zweite Schuß sei nach anderer mehr schräger Richtung, anscheinend um die Bahn frei zu schießen, abgefeuert worden.

Ein Landwirth Schilling sagt in ähnlicher Weise aus.

Frau Prediger Welzer hat deutlich gesehen, daß der Wörder bei beiden Schüssen nach dem Wagen gezielt. Sie erkennt Hödel mit Bestimmtheit wieder. (Dieser seht hierbei frech lachend seinen Hut auf, nimmt ihn aber sofort wieder ab.)

Kaufmann Albrecht hat die Einzelheiten bei der beobachtigten Flucht des Hödel, wie sie die Anklage darstellt, beobachtet. Kaufmann Heidler desgleichen; der letzte Schuß Hödel's wurde gegen den Zeugen, der ihn verfolgte, abgefeuert. Heidler hob auch den fortgeworfenen Revolver des Hödel auf.

Schupmann Romig hat die Waffe entladen, in der bekanntlich noch zwei scharfe Patronen steckten.

Fabrikant Dittmann hatte am Thortore mit dem Zeugen Schilling geplaudert, und deponirt in der Weise, wie sie die Anklage bezüglich der Abgabe der Schüsse darstellt.

Landwirth Schmeil sah ebenfalls, daß der Angeklagte auf den Kaiser gezielt hat.

Frau Kleinmeyermeister Haud hat das Abfeuern des Schusses, da sie in nächster Nähe des Attentäters stand, deutlich gesehen. Der Ellenbogen des Letzteren streifte sie, als er die Waffe zurückzog.

Magistrats-Supernumerar Busse befand, daß Hödel mit gestrecktem Arm nach dem Kaiser gezielte; diese Aussage weicht insofern von anderen ab, als letztere den Angeklagten mit geknicktem Arm zielen beobachtet haben.

Schlosserlehrling Hättler weiß nichts Neues auszusagen. Museumswärter Woywoda, Steindrucker Baumgarten und ein Herr Waringer aus Pankow haben an verschiedenen Tagen am Thortore die in der Anklage erwähnten Kugeln gefunden.

Hofbäckermacher Baralla als Sachverständiger befand, daß der Revolver zur Tödtung eines Menschen vollkommen geeignet sei. Der Lauf sei aber schief und schiefe deshalb schon auf 3 Schritt einen Fuß so hoch und ebenso viel nach links.

Einige dieser Zeugen werden jetzt vereidigt.

Buchdruckergehilfe Bötsch hat den Hödel bei den Zeitungsverkäufern unter den Linden kennen gelernt und mit ihm verschiedene Lokale besucht. Hödel hat ihn eingehend nach der Zeit und der Gegend der Spazierfahrten des Kaisers gefragt.

Der Schlosser Krüger befand gleichfalls, daß ihn Hödel wegen dieser Umstände eingehend befragt habe.

Photograph Dietrich sagt, wie in der Anklage dargestellt, aus. Hödel habe ihm ein „Geschäft“ mit den Photographien „seiner nächstens sehr berühmt werdenben Persönlichkeit“ angetragen. Der Mensch habe ihm verrückt gesehen.

Hödel, vom Präsidenten befragt, ob er noch leugne, bei Herrn Dietrich gewesen zu sein, erwidert mit frechem Lachen: „Er simulirt sich selbst etwas vor, wohl um einen Orden oder Titel zu erhalten.“

Arbeiter Koch ist am Tage des Attentats mit Hödel zusammen im Thiergarten gewesen. Letzterer sehte sich auf die Bank, auf welcher bereits Koch mit einem Ranne Namens Schütz saß, und äußerte: „Seit 48 Stunden habe ich nicht die Stiefel von den Beinen gezogen, aber ich laure hier auf Jemanden, heute muß noch ein Dickkopf plagen.“ Koch erkennt den Hödel,

## Prozeß Lehmann-Hödel.

(Nach dem Bericht der „Vossischen Zeitung“.)

(Schluß)

Angell.: Dem Verein zu Wahrung der Interessen der werththätigen Bevölkerung Berlins, das ist kein sozialdemokratischer, und dann dem christlich-sozialen Arbeiterverein.

Vors.: Dann haben Sie auch der christlich-sozialen Arbeiterpartei angehört und eine Mitgliedskarte gelöst.

Angell.: Ja, gewiß.

Vors.: Zu welchem Zweck thaten Sie dies, es war ja nicht Ihre Partei?

Angell.: Schweigt.

Vors.: Welchen Ansichten huldigten Sie denn?

Angell.: Ich habe gar keinen Ansichten dabei gehuldigt, es war Geschäft.

Vors.: Sie waren in Leipzig schon Mitglied der sozialistischen Arbeiterpartei gewesen. Seit 1877 aber hielten Sie sich zu den Anarchisten, deren Vertreter auf dem Congreß zu Gent ein gewisser Werner war. Wissen Sie denn, was die Anarchisten wollen? Sagen Sie uns das einmal.

Angell.: Das habe ich nicht nöthig hier zu sagen. Ich würde Ihnen (sic) ebenso wenig zu meinen Ansichten gewinnen, als Sie mir zu den Ihrigen. (Bewegung.)

Vors.: Dann werde ich Ihnen die Antwort aus der Anklage geben, die behauptet, daß die Anarchisten die Umgestaltung der staatlichen und sozialen Verhältnisse auf gewaltthätigem Wege erstreben, während die Sozialdemokraten dasselbe Ziel auf dem Wege der Reform anstreben. Ist Ihnen dies bekannt gewesen?

Angell.: Ja, gewiß.

Vors.: Die soziale Partei in Leipzig hat Sie dann ausgestoßen. Weshalb?

Angell.: Ich hatte verschiedene Correspondenzen geschrieben, welche nicht behagten, bin aber nur aus Vereinstokalen entfernt, nicht ausgestoßen worden; ein paar Tage vor der That, als ich mich erheben wollte, ist auf meinen Antrag der Ausschluß dann geschehen.

Vors.: Sie sollen auch für die „Fadel“ geschrieben haben, aber die Aufsätze waren nicht brauchbar und wurden zurückgewiesen. Wenn Sie nun ausgestoßen waren, so ist es merkwürdig, daß Sie hier sozialdemokratische Versammlungen besucht haben.

Angell.: Die habe ich besucht, um der Gesellschaft wegen und Agitationen halber für meine Idee.

Vors.: Was ist Ihre Idee?

Angell.: Für anarchische Grundätze.

Oberstaatsanw. v. Lud.: Sie wollten dann auch Flugblätter absetzen?

Angell.: Gewiß; das ist aber der Christlich-Sozialen Schuld.

Vors.: Sie sind in einer Versammlung gewesen, wo über die orientalische Frage und über die Pariser Commune vorgelesen wurde. Haben Sie dort gesprochen?

Angell.: Ich habe kurze Erläuterungen gegeben als Vorsitzender.

Vors.: Sie waren also Vorsitzender?

Angell.: Ja, gewiß.

Vors.: Und den Vortrag hat Werner gehalten?

Angell.: Schweigt.

Vors.: Wie ist es mit Ihrer Aeußerung „Kaiser und Könige saugen das Volk aus, den Sozialdemokraten gehört die Welt?“

Angell.: Diese Aeußerung habe ich zu dem Bürgermeister in Schleuditz gethan.

Oberstaatsanw.: Das ist ganz richtig und doch haben Sie das Gegentheil bei dem Bürgermeister unterschrieben.

Angell.: Ich habe unterschrieben. Weinetwegen. (Lachend.) Ich unterschreibe Alles und sonst was. Wahr ist, daß ich es nicht öffentlich gesagt habe.

Vors.: Sie sollen einem Wirth in Schleuditz bei dessen Weigerung, Ihnen sein Lokal zu sozialdemokratischen Versammlungen zu vermieten, gesagt haben: „Wenn das Hängen losgeht, so wissen wir, wo wir anzufangen haben.“ Thaten Sie diese Aeußerung?

Angell.: Möglich, denn mit solchen Scherzen habe ich stets um mich geworfen.

Das weitere Verhör bringt nur noch eine strikte Verneinung des Angeklagten auf alle aus der Anklage ihm gemachten Beschuldigungen. Einen hervorragenden Punkt bildet die gravirende Stelle aus dem Briefe Hödel's an seine Eltern, welche sich in der Anklage befindet, und auf dessen vollständige Verlesung der Angeklagte dringt. Der Brief wird verlesen, es ist eine ziemlich zusammenhanglose Aneinanderreihung nichtsfugender Phrasen. (Im Bericht der „Berliner Volkszeitung“ heißt es: „Der Inhalt des Briefes grenzt an Wahnsinn.“ Und das Bruchstück, welches wir in der „Frankfurter Zeitung“ finden, bestätigt dieses Urtheil im vollsten Maße. Es lautet: „Glücklich ist, wer vergißt, was nicht mehr zu ändern ist. Vergelt mir, ich bin todt, ich bin gemordet durch die corrupte Masse. Die Todten reiten schnell! Macht hier das Leben gut und schön, kein Jenseits gibt's, kein Wiederleben! Laßt mich schwimmen, verkümmert eure alten Tage nicht! Unkraut ist vergangen, aber Granaten und Bomben müssen noch plagen, dann erst ist die Freude groß. Was heut nicht geht, geht morgen. Es naht der Tag der Rache, ein neuer Zell ist auch für Deutschland erwünscht! Die Rasse muß es bringen, sagt der Jude, darum thue Jeder seine Schuldigkeit; ab, Sela; der Mohr kann gehen! Göttliche Weltordnung! Mein Tod heißt mehr als Sterben, es heißt Opfern! O Pech, o Pech, mein Schlüssel ist mir weg.“ Kurz: idiotischer Blödsinn!)

Nach der Verlesung bemerkt Oberstaatsanw. v. Lud.: Sie haben gesagt, Sie wären nicht Anarchist, heute bekennen Sie sich zu anarchischen Grundätzen und in den Akten finde ich die Aeußerung: „Die Anarchisten sind meine Männer!“

Angell.: Das ist mir so zu sagen echapirt. Ich hab' sonst was unterschrieben bei den vielen Vernehmungen.

Vors.: Bei der letzten sagten Sie: „Ich weiß nicht, was Anarchisten sind.“ Wissen Sie es überhaupt nicht, oder wollen Sie es nicht sagen?

Angell.: Na denn — ich weiß es nicht. Sie können schreiben was Sie wollen, ich spreche mir, nicht Ihnen zu Gefallen. Ich spreche, wie es mir convenient.

Damit ist das Verhör geschlossen. — Vors.: Die Zeugen sind sämmtlich hereinzurufen.

Der erste Zeuge, Leibkutscher des Kaisers Johann Hader, deponirt ganz in dem Sinne der Darstellung der Anklage; er hat deutlich das Hervortreten des Attentäters nach dem Wagen bemerkt.

Der Leibjäger des Kaisers Schulze hat den Hödel, nachdem

§ 16. Der Wähler übergibt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, seinen Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter, welcher denselben uneröffnet in das auf dem Tische stehende Gefäß legt.

Bemerkung. Jeder Wähler schaue sich genau den Mann an, dem er seinen Stimmzettel zu übergeben im Begriffe ist; denn es sind auch in dieser Beziehung schon Fälle vorgekommen, daß sich ein im Wahllokal befindliches liberales Comité als Wahlvorstand geberdete und sich die Zettel ausbändigten ließ. Nur an dem Tisch, auf welchem die Wahlurne steht, soll der Wähler seinen Stimmzettel abgeben!

Ferner ist genau darauf zu achten, daß der Wahlvorsteher den Zettel sofort und uneröffnet in die Wahlurne wirft.

§ 17. Die Stimmzettel werden aus der Wahlurne genommen und uneröffnet gezählt.

Wir glauben durch Abdruck des Briefes und der betreffenden Paragraphen den Wunsch des Briefschreibers erfüllt zu haben.

— Wieder einen Lump aufgehaßt. Vor einigen Tagen fand vor der 7. Deputation des Berliner Stadtgerichts ein Majestätsbeleidigungsprozeß seine Erledigung, dessen wir aus dem Chaos berartiger Prozesse nur deshalb Erwähnung thun wollen, weil der bekannte Staatsanwalt Tessenborn selbst die Anklage vertrat und uns den Lumpen aufzuhalten suchte. Es betraf dies den 17 Jahre alten, schon mehrfach bestrafte Buchhalter und Stenographen Käseböhrer, der in einem jener berühmten Nacht-Cafés eine Aeußerung gethan, die eine Beleidigung des deutschen Kaisers enthielt. Der Angeklagte benahm sich vor dem Gerichtshofe in der Weise derjenigen Menschen, die nur eben die Großstädte erzeugen können. Raub der Schule entlaufen, werden diese unterirdischen Höhlen behufs Billardspiel und sonstiger Mollotria frequentirt, dann kommen selbstverständlich die Nachtpelunken dran und so fort. Auf diese Weise ziehen die Großstädte ein Lumpenproletariat sondergleichen heran. Dem Angeklagten wurden verschiedene Fragen vorgelegt, aus deren Beantwortung sehr deutlich hervorgeht, daß er sich überhaupt noch nicht um den Sozialismus weiter bekümmert, als was er unter seinesgleichen davon gehört. Er behauptet, seit zwei Jahren sozialdemokratische Schriften gelesen zu haben und kann nur die „rothe Laterne“ anföhren! Was ist das für ein geluchter Beweis? Tausende von sozialdemokratischen Schriften stehen in unseren Bücherverzeichnissen — die „rothe Laterne“ finden wir jedoch nirgends aufgeführt. Der Angeklagte, gefragt, was er unter „Tendenz der Sozialdemokratie“ verstehe? antwortet, „daß die heutige Gesellschaft und die heutige Staatsform über den Haufen geworfen werden muß“. Derartige unsinnige Redensarten, von jedem K-Beliebigen ausgesprochen, werden uns natürlich als unser Programm untergeschoben, die Presse betet es nach und das Publikum soll es glauben — zum Glück hat unsere 15jährige Agitation hinreichend Aufklärung unter dem arbeitenden Volke geschaffen, daß wir uns vor solchen Mien der Verleumdung nicht mehr zu fürchten brauchen. — Unser Freund Tessenborn hält sich nunmehr für verpflichtet, zu der großen Serie von Majestätsbeleidigungsprozessen eine Schlussrede zu halten und liest der sozialdemokratischen Presse den Text, daß sie von einer „Aera des Denunciantentums“ gesprochen hat. Tessenborn muß wunderliche Begriffe vom Denunciantentum haben — ein ehrlicher Mann steht seinem Freund und Feind Auge in Auge und sagt ihm, was ihm nicht gefällt — unter den vielgerühmten Deutschen ist es so weit gekommen, daß die Stiebers sich sogar in die Familie eingeschlichen haben und sogar

der auf Geheiß des Präsidenten den Hut aufsetzt, bestimmt wieder.

Drehorgelspieler Schütz macht dieselben Aussagen. Kaufmann Kalischer deponirt, daß er von Hödel in Betreff der Trefffähigkeit seines Revolvers befragt worden sei. Hödel zeigt auch diesen Zeugen in frechster Weise der Unwahrheit.

Stadtvoigtei-Ausscher Sönnell bezeugt, daß Hödel gesagt, „wenn er herauskäme, würde er besser zielen.“

Stadtvoigtei-Ausscher Keller bekundet dies ebenfalls, sowie eine fernere Aeußerung des H., daß er seine Complicen nicht verrathen würde.

Es tritt eine Pause von einer halben Stunde ein. Nach Beendigung derselben bekundet

Polizeidiener Schlegel aus Schkeuditz, daß Hödel dort einst eine Versammlung mit einem gefälschten Anmeldebchein habe einberufen wollen. Er habe stets eine sehr aufreizende Sprache geführt, übrigens mangelhafte Kenntnisse gezeigt, dn er seine Resolutionen nicht einmal verlesen konnte. Sonst habe er sich sehr geringschäßig über die Pariser Commune ausgesprochen; „wenn er oder seine Partei an's Ruder käme, würden sie es schon besser machen.“

Kürschnermeister Keil aus Schkeuditz deponirt in gleichem Sinne, desgleichen Wäckermeister Karbaum und Gastwirth Silchmüller aus Schkeuditz.

Maurer Steue bekundet, daß Hödel in einer Versammlung Andeutungen des Attentats gemacht und gesagt habe, „daß er noch selbst zum alten Wilhelm gehen werde.“

Restaurateur Steiniger bekundet nur die von ihm einmal dem Hödel gegenüber gemachte Weigerung des Lokals zu einer Versammlung.

Einjährig-Freiwilliger Kühnerling aus Rey bekundet, daß Hödel bei dem Gastwirth Schütz in Rey sich besonders über die Militärlast und die Fürsten mißliebig geäußert und sozialistische Schriften zu verbreiten gesucht habe.

Dem Wirth Schütz gegenüber hat sich Hödel als Sozialdemokrat gebräuft.

Sergeant Damerow aus Trier weiß atheistische und staatsfeindliche Aeußerungen des Hödel zu bekunden.

(Die letzten nach rheinischem Recht vereidigten Personen werden nach hiesigem Recht noch einmal vereidigt.)

Oberstaatsanwalt von Lud fragt den Angeklagten, ob er das etwas harte Urtheil seiner Mutter anerkenne.

Angell.: Das hat sie in der Aufregung so gesagt.

Offizialverteidiger Justizrath Wille wünscht constatirt zu sehen, daß der Angeklagte bereits im Jahre 1876 einen Selbstmordversuch gemacht habe, indem er in die Pleiße gesprungen sei. — Das Altes wird verlesen, nach demselben ist die That in der Trunkenheit geschehen. Der Arzt hat damals constatirt, daß geistige Störung des H. Hödel nicht zu ersehen, derselbe daher zu entlassen sei.

Die Beweisaufnahme ist hiernach geschlossen. Das Wort erhält nunmehr der

Oberstaatsanwalt von Lud: Ich kann mich gegenüber der Schwere des Verbrechens verhältnismäßig kurz fassen, da die heutige Beweisaufnahme durchweg die Bestätigung der Behauptungen der Anklage dargehtan hat. Das Verbrechen des Angeklagten ist das des Versuchs der Ermordung Sr. Majestät des deutschen Kaisers. Es ist also zu begründen, daß Handlungen des Angeklagten vorliegen, welche zu der Ausführung der Hand-

lung führen mußten. Die Angabe des Angeklagten, er habe sich erschießen wollen, thut sich durch die Beweisaufnahme als vollständig unwahr kund. Die abgeschossene Waffe ist nach des Sachverständigen Aussage sehr wohl geeignet, einen Menschen zu tödten, sie war scharf geladen mit 6 Schüssen. Folgt eine an manchen Stellen ziemlich weit hergeholt Aufzählung der Beweigründe, daß der Angeklagte nicht sich selbst, sondern den Kaiser habe tödten wollen.) Fragen wir uns nun aber weiter, wie ist der Angeklagte in sich zu seiner That gekommen, so giebt uns zunächst sein Vorleben eigentlich keine erklärende Antwort. Er ist nicht unbegabt und es ist ihm gelungen, sich eine gewisse allgemeine Bildung anzueignen; er hat sich den sozialdemokratischen Lehren zugewendet und sie mit denen der Anarchisten verquittet; er hat sie nicht verarbeitet, nicht abschütteln können, ihm ist nur übrig geblieben als einziger Gedanke: „das Bestehende muß weg“. Die bedrängte Lage der Arbeiter trifft in sofern für ihn nicht zu, als er selbst sich, wenn auch auf unredemäßige Weise, Geld verschafft und davon hierorts lebte. Ob der Angeklagte sich klar gemacht, daß er durch seine That gegen einen allgemein verehrten Mann vorgegangen, gegen einen Mann mit silberweißem Haar, das läßt sich wohl nicht finden; er ist, wie es scheint, durch die unverstandenen und unverdauten Lehren der Sozialdemokraten und der Internationale irre geleitet und zu dieser That gegen das verehrte Staatsoberhaupt fortgerissen, zu einer That, die alle Deutschen so tief verletzt, daß man sich fast veranlaßt fühlt zur Scham, daß man ein Deutscher ist. Ich beantrage also, daß der hohe Gerichtshof den Angeklagten schuldig erkenne des Hochverrats, begangen durch Verlich der Tödtung Sr. Majestät des deutschen Kaisers, und daß demgemäß der hohe Gerichtshof den Angeklagten mit der höchsten Leibesstrafe, welche dieser § 180 bestimmt, mit der Todesstrafe belege, ferner die Ehrenrechte aberkenne unter Einziehung der Schußwaffe und dem Angeklagten die Kosten der Verhandlung zur Last lege. — Zum Schluss betone ich noch, daß ich selbst die Verantwortung dafür übernehme, daß diese That nicht dem gewöhnlichen Schwurgericht, sondern dem Staatsgerichtshofe überwiesen worden ist und zwar begründe ich dies unter Hinweisung auf die in der neuen Gerichtsordnung vorgesehene Behandlungsart derartiger Verbrechen vor einem besonderen Gerichtshofe. — Ich bitte den hohen Gerichtshof schließlich meinem Antrage gemäß zu erkennen.

Bertheidiger Justizrath Wille: Ich bin leider in der Lage, nichts wesentlich den Ausführungen des Herrn Staatsanwaltes entgegenzusetzen zu können, da sich derselbe im Hauptsächlichen auf die direkten Beweismittel gestützt und den Indicienbeweis mehr bei Seite gelassen hat. Trotzdem ist die Bertheidigung verpflichtet, die Sache nicht sofort ganz preiszugeben, sondern alle Thatfachen einzeln durchzugehen und zu unteruchen, was dem Angeklagten zu Gunsten sprechen könnte. Die Thatfache steht zunächst fest, daß die erste Kugel sich gegen Seine Majestät richtete und nicht an dessen Haupte vorbeiging, dagegen steht dies nicht bezüglich des zweiten Schusses fest. Der Angeklagte ist ein Opfer der Sozialdemokratie, er hat die Lehren derselben nicht in sich aufgespeichert, er nahm es von jeder mit „Rein und Dein“ nicht genau (wohl in Folge der sozialdemokratischen Lehren?); so kam er zu der Verachtung alles Höheren, jeder Autorität, der göttlichen, der oberirdischen; er hat sich mit seinen Eltern unheilbar vor der That entzweit und so stand er vor der That ganz allein und verlassen da. An nichts hatte er Glauben, an nichts Freude; ein solches Leben sich zu nehmen ist ebenso berechtigt, wie der Gedanke,

ausgezählt. Soweit ist alles ganz gut; das ganze Wesen des Mißbrauchs steckt aber darin: Niemand controliert in Wirklichkeit, ob das Heu thatsächlich gestellt wird. Niemand kümmert sich darum, ob der Verkäufer 1000 Rub Heu oder 500 oder gar nur 100 liefert. Das Heu geht von Hand zu Hand, und in jeder Hand bleibt etwas vom „Geschäft“ leben. So kenne ich einige Beispiele, in denen ein und dasselbe Heu zwanzig Mal verkauft worden ist; ich kenne zwei Fälle, wo das gefaule Quantum von 2000 Sad Mehl zu guter Letzt in Gestalt von 250 Sad abgeliefert worden ist. — Mein Zweck ist nicht, hier die Mißbräuche aufzudecken. Ich theile Ihnen einfach die Methode mit, vermittelst deren es gegenwärtig so viel reiche Leute in Rumänien giebt. Einer meiner Bekannten, der die Proviant-Angelegenheiten gründlich kennt und sich selbst etwas daran betheiligt hat, sagt mir: „Wenn diese „Geschäfte“ nicht gewesen wären, hätte Rußland die Möglichkeit, mit demselben Gelde, welches zu dem eben beendeten Kriege erforderlich war, noch zwei eben solche Kriege ebenso, wenn nicht noch besser, zu führen“... — Daß Rumänien bei der allgemeinen Theilerei an der Donau nicht leer ausgehen wollte, liegt auf der Hand, aber noch mehr, daß auch die Männer „vom Geschäft“ ihren Rebbach machen wollten, und so ist es leicht erklärlich, daß sich diese Leute nach ihren russischen Vorbildern richteten, — wenn sie es vorher nicht auch schon verstanden haben. Uebrigens befinden sich in Odessa nicht weniger als 300 russische Offiziere wegen solcher Geschäfte in Untersuchung.

— Die Beute wird getheilt. Wie aus Rumänien berichtet wird, hat der Ministerrath und die Kammern beschlossen, unverzüglich von der Dobrudscha Besitz zu ergreifen und um Persarabien kein Wesen mehr zu machen. Desterreich schickt sich an zur Okkupation Bosniens und der Herzegovina, und England hat von der Insel Cypern Besitz ergriffen. Auch wurde bereits am 4. Juli zwischen England und der Türkei ein Vertrag abgeschlossen, der der Letzteren ihre asiatischen Besitztümer sichert. Wer ist nun der Genasführer? Jedenfalls Rußland und seine Rückendecker; die Dardanellen und der Eingang in's Mittelmeer sind Rußland nach wie vor versperrt; es ist nur in der Erfüllung des Testaments Peter's des Großen um einige Schritte vorgerückt, aber noch viel gewaltigere Kämpfe dürfte es kosten, ehe das Letztere ganz erfüllt wird. Vor der Hand fehlt's an Geld und darum behalten wir einstweilen Frieden. Desterreich hat sich jedoch nur neue Verlegenheiten bereitet, die später den „ehrlichen“ Nachbarn zu Gute kommen dürften.

— In Reukaledonien ist unter den dortigen Eingebornen, den Kanaken, ein Aufstand ausgebrochen. Bereits sind 89 Personen, darunter der zweite (stellvertretende) Gouverneur der Insel, getödtet worden. Die englischen Mätr erhielten die Nachricht 24 Stunden eher wie die französische Regierung, welche den Aufstand als bereits überwältigt hinzustellen suchte. Trotdem hat man Verstärkungen dahin abgeandt, wahrscheinlich damit die Kanakenschichtereien erst recht losgehen sollen. Jedenfalls sind die armen Einwohner bis aufs Blut geknechtet worden, ehe sie zu diesem verzweifelten Kampfe sich entschlossen, in dem sie doch unterliegen müssen.

— Ueber den Prozeß des Redakteurs des österreichischen Centralorgans „Der Sozialist“, Joh. Schwarzinger, berichtet

einen Fürstenmord zu begehen. Die Antecedentien des Angeklagten beweisen also für den Charakter der That als Königs-mord noch nichts. (Der Bertheidiger bemüht sich hierauf, die Zeugenaussagen möglichst zu entkräften.) Die direkte Beweisaufnahme, so fährt dann Redner fort, ist jedoch mit solcher Bestimmtheit vorhanden, daß ich hiergegen nichts sagen kann, nur der zweite Schuß darf nicht als auf Se. Maj. gerichtet angesehen werden, für welche Annahme mir die Aussage des Leibesjägers Schulz von höchster Wichtigkeit ist. Ich glaube nun schließlich, es würde von höchster Bedeutung sein, sich klar zu werden, ob der Angeklagte mit Ueberlegung gehandelt hat oder nicht, und da möchte ich den hohen Staatsgerichtshof um eine recht tief eingehende Erörterung dieser Frage bitten. Schließlich muß ich noch bedauern, daß der Angeklagte so eigentlich nicht zu seinem Rechte gekommen, denn er hat Niemand hier, der ihm Sympathie beweist, ja selbst die Bertheidigung, ich selbst konnte sie ihm der ganzen Sachlage nach nicht bezeigen, wie er sie vielleicht doch noch verdiente, und deshalb möchte ich den hohen Staatsgerichtshof ersuchen, nach dieser Richtung hin den Gründen des Urtheils eine Ausführung einzufügen. Hat der Angeklagte die That gethan, so muß er die bestimmte Strafe leiden, ich habe also nach dieser Richtung dem Antrage des Herrn Staatsanwalts gegenüber keinen Abänderungsantrag zu stellen.

Bors.: Wünschen Sie, Herr Ober-Staatsanwalt, noch das Wort?

Ober-Staatsanwalt v. Lud: Ich danke.

Bors.: Angeklagter, nunmehr gebe ich Ihnen das Wort zur Bertheidigung.

Angell. (höhnisch lachend): Ich danke für jede Bertheidigung, es hilft mir doch nichts.

Der Gerichtshof zieht sich hierauf um 3 Uhr 5 Minuten zur Beschlußfassung zurück, betritt den Saal wieder nach Verlauf von 20 Minuten und verkündet folgendes Urtheil: „Im Namen des Königs verkünde ich den Spruch des Gerichtshofes, daß der Angeklagte, Klempnergehilfe Emil Heinrich Max Hödel, des Hochverrats schuldig und daher mit dem Tode und dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu bestrafen, den zur Ausführung der That benutzten Revolver einzuziehen, dem Angeklagten auch die Kosten der Unteruchung zur Last zu legen sind.“ Die Begründung des Urtheilspruchs stellt zunächst die Kompetenz des Staatsgerichtshofes als über jeden Zweifel erhaben hin und geht sodann die Beweisaufnahme durch, constatirt die Handlung und schließlich auch die Ueberlegung bei Vorbereitung und Ausführung der That, daß nach § 80 des Strafgesetzbuchs, wie geschehen, habe erkannt werden müssen.

Der Angeklagte hatte dem Urtheil höhnisch, bald das Publikum, bald den Gerichtshof fixirend, zugehört. Keine Spur der Erregung machte sich bemerkbar; gelassen sah er zum Fenster hinaus, während der Vorlesende die Begründung ausführte; als von ihm als Anhänger der Anarchisten gesprochen wurde, nickte er trozig, gleichsam Freude bezeugend über seinen traurigen Ruhm. Um 3 Uhr 40 Minuten schloß die Verhandlung nach einer Dauer von 6½ Stunden. Der Gerichtshof verließ den Saal, der Verurtheilte wurde an den Händen gefesselt hinausgeführt und, von 5 Polizisten begleitet, im Bestenwagen wiederum nach der Stadtvoigtei transportirt.

die Nr. 28 des genannten Blattes in ausführlicher Weise und wir entnehmen derselben Folgendes:

Der Prozeß fand statt vor dem Schwurgericht des Wiener Landesgerichts. Als Vorsitzender des Gerichtshofes fungierte Landesgerichtsrath Schwaiger, als öffentlicher Ankläger der aus dem Ofenheim-Prozeß bekannte Staatsanwalt Graf Lametzan, als Verteidiger Dr. Lueger.

Schwarzinger wird beschuldigt, in drei Artikeln erstens einzelne Klassen der Gesellschaft zu Feindseligkeiten gegeneinander aufgefordert, angezettelt oder zu verleiten gesucht, und sich somit des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung schuldig gemacht zu haben; er habe ferner in einem zweiten Artikel zur Verachtung und zum Hohn gegen die Staatsverwaltung aufzuweizen gesucht und sich somit des Vergehens der Störung der öffentlichen Ruhe schuldig gemacht; ebenso in einem dritten Artikel die Lehren und Einrichtungen einer im Staate gesetzlich anerkannten Kirche verspottet oder herabzuwürdigen gesucht und sich somit wiederum des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung schuldig gemacht.

Die einzelnen inkriminirten Artikel wurden verlesen und erhielt der Angeklagte in jedem einzelnen Falle das Wort. Derselbe wurde jedoch wiederholt in seiner Verteidigung dadurch beschränkt, daß ihn der Vorsitzende aufforderte, einmal keine Reden zu halten, ein andermal sich nicht an die Geschworenen, sondern an den Gerichtshof zu wenden. Da uns Vergleichen in Deutschland auch schon des Oesteren passirt, so wundern wir uns darüber nicht mehr.

Der Staatsanwalt begründete seine Anklage damit, daß er behauptete, das Recht der Presse zur Kritik sei in Oesterreich hinreichend vorhanden und erzeuge sich dieselbe sogar einer großen Freiheit gegenüber anderen Ländern, aber sie gehe auch oft zu weit und besonders sei in den Artikeln des „Sozialist“ die Grenze des Zulässigen überschritten. Er geht nun zu den einzelnen Artikeln über und verteidigt im Allgemeinen in ziemlich leidenschaftlicher Weise die heutigen Staats- und Gesellschafts-einrichtungen. Die ganze Rede nimmt sich wunderbar aus, wenn man die Anklageschrift und Rede desselben Staatsanwalts im Ofenheim-Prozeß damit vergleicht. Er beantragt die Schuldigsprechung in allen Fällen.

Der Verteidiger, Dr. Carl Lueger, sucht in möglichst objektiver Weise nachzuweisen, daß die Anklage ungerichtet ist. Er berichtet in erster Linie einige Urtheile in Betreff der Tendenzen der sozialistischen Partei unter Zuhilfenahme der Schaffl'schen Schrift: „Die Quintessenz des Sozialismus“. Ebenso weist derselbe nach, wie wenig verträglich das heutige Auftreten des Staatsanwalts mit dem diesbezüglichen im Ofenheim-Prozeß sei und wo derselbe das Verhalten einzelner Ausbeuter-Cliquen viel schärfer verurtheilt habe, als dies im Artikel des „Sozialist“ geschehen. Im Allgemeinen geht der Verteidiger in ausführlicher Weise auf die einzelnen Anklagepunkte ein und beweist zur Evidenz die Hinsässigkeit der staatsanwaltlichen Thesen.

Nach einer Replik zwischen Staatsanwalt und Verteidiger erhält der Angeklagte, Genosse Schwarzinger, das Wort, nachdem ihn jedoch der Vorsitzende nochmals ermahnt, nicht in die Details einzugehen. Derselbe verteidigt in hoher, selbstbewußter Weise die Prinzipien unserer Partei und widerlegt die einzelnen Anklagepunkte ziemlich treffend. Er erwarte von den Geschworenen einen Urtheilspruch im Sinne der Gerechtigkeit und appellire nicht an ihre Milde.

Dieser Rede folgte ein allgemeines Bravo des Auditoriums, welches nur spärlich zugelassen worden, trotzdem noch mehrere Bänke leer geblieben waren. Der Vorsitzende sah sich zu folgendem Ausrufe dem Auditorium gegenüber veranlaßt: „Nur rühren, nur rühren, und der Saal ist geräumt!“

Die Geschworenen, zusammengesetzt wie überall, aus Kleinbürgern und Bourgeois, bejahten sämtliche Fragen und demgemäß wurde Schwarzinger zu einem Jahre schweren Kerkers (gleichbedeutend mit unserem Zuchthaus) verurtheilt. Zu der Härte des Urtheils tritt noch ein Kautionsverlust von 500 Gulden, welche sofort wieder aufgebracht werden müssen, um das Erscheinen des Blattes nicht zu gefährden.

Was sollen wir zu diesem Prozeß sagen? Gerade so wie bei uns. In diese wenigen Worte ließe sich das ganze Urtheil zusammenfassen. Die Geschworenen dieselben, die Ankläger und Richter dieselben und der Angeklagte derselbe — so lange nicht durch das allgemeine Stimmrecht gewählte wahrhaft intelligente Geschworene, überhaupt Volksgerichte zu Gericht sitzen, so lange werden auch diese Urtheile bestehen bleiben. Ganz abgesehen davon, daß bei einem wahrhaft freien Volke solche Sachen überhaupt zu den Unmöglichkeiten gehören.

Schwarzinger meldete durch seinen Verteidiger die Berufung gegen das Strafmaß und die Höhe des Kautionsverlustes an. — Im Uebrigen hat sich die österreichische Arbeiterpartei dadurch nicht verblüffen lassen, bereits ist ein anderer Redakteur in der Person Stefan Kohl's, Wien, VI., Hofmühlgasse 3, 3. Stock, ernannt, und wir rufen Euch, Genossen, zu: Schließt die Reihen!

— Die „Egalité“ — unser Pariser Bruderorgan — muß infolge ihrer neuesten Beurtheilung ihr Erscheinen auf einige Wochen einstellen, um ihre Cautions wieder zu ergänzen. Die Strafen belaufen sich hoch in die Tausende von Franken hinein. Man wird indeß nicht bloß dem reich gesegneten Geldhunger der „republikanischen Gerechtigkeit“ mit Gemüthsruhe genügen, sondern auch die Pausen zur Errichtung einer eigenen Druckerei benützen, welche nach dem Muster der deutschen auf genossenschaftlicher Grundlage angelegt wird.

— Vom Kriegsschauplatz. Der Redakteur der „Süddeutschen Volkszeitung“, Rieger, wurde gleich seinen drei Vorgängern verhaftet. — Im 22. sächsischen Wahlkreise (Reichenbach) wurden vier Austräger von Flugblättern unserer Partei verhaftet. Warum? Unbekannt.

### Zum Bagabundenthum.

Aus Wien in Oesterreich geht uns folgendes Schreiben zu: In Nr. 64 Ihres werthen Blattes wird ein Artikel der „Schlesischen Zeitung“ citirt, welcher sich über das Bagabundenthum in so dumme und unwissender Weise äußert, wie man es selten finden dürfte. Die redaktionelle Salubrität zu diesem Artikel ist freilich schon genügend, den ganzen Wust dieser gedankenlos geschriebenen Sätze über den Haufen zu werfen, allein wenn — wie die paar Zeilen, welche ich über das Bagabundenthum in Oesterreich hier folgen lassen will, in Ihr Blatt aufnehmen wollen, dürften dieselben das laubere Meisterwerk des Artikelschreibers der „Schlesischen Zeitung“ auf eine sonderbare Weise beleuchten.

Ich knüpfe nur an dieser Stelle des mehrerwähnten Artikels an, wo der Verfasser desselben die strengere, roots äußerst strenge Handhabung der bestehenden Polizeigesetze empfiehlt. Ich be-

hauptete aber, daß gerade diese Polizeigesetze (wohlgerichtet aber nur in Bezug auf Oesterreich, denn die deutschen Gesetze sind mir nicht bekannt, dürften sich aber wenig von den unseren unterscheiden) vielfach diejenige Ursache sind, welche aus einem ganz ordentlichen Burken einen Baganten, wie sie der Schlesier annähernd schildert, zu machen vermögen. In Oesterreich wurde im Jahre 1873 (Kraichgabungendjahr) ein eigenes Gesetz für die Landstreicher geschaffen, dessen famoser § 1 also lautet:

„Wer ohne bestimmten Wohnort oder mit Verlassung seines Wohnortes geschäfts- und arbeitslos umherzieht und sich nicht auszuweisen vermag, daß er die Mittel zu seinem Unterhalte besitze oder redlich zu erwerben suche, ist als Landstreicher mit Arrest von acht Tagen bis einem Monat zu bestrafen. Bei wiederholter Verurtheilung ist auf strengen Arrest von ein bis drei Monaten u. c. zu erkennen.“

Wenn wir in einer Zeit lebten, wo alle Fabriken zu thun hätten und die Nachfrage nach Arbeitskräften größer wäre als das Angebot, wenn überhaupt ein reges industrielles Leben herrschen würde, einem Arbeiter erleichternd, sich Arbeit zu verschaffen, dann, aber auch nur dann würde eine solche Fassung dieses Gesetzesparagraphen eine Berechtigung haben und wäre unter Umständen auch geboten. Aber unter den existirenden Verhältnissen, wo Tausende und Abertausende gezwungen sind, das Bündel zu schnüren und aufs Geratewohl hinauszuzwandern, wo, von der Großindustrie erdrückt, die Kleingewerbetreibenden gezwungen sind, die Werkstätten zuzusperrn und sammt Gehilfen den ohnehin schon hungernden Fabrikarbeitern ein beträchtliches Contingent zuzuführen, da können solche Gesetze den erwünschten Zweck nie und nimmer erreichen, ja im Gegentheil, wie schon behauptet, ordentliche Menschen zu Bagabunden machen.

Man nehme nur den Fall an, ein Arbeiter, welcher jahrelang oder monatelang in einer Werkstatt oder Fabrik gearbeitet hat, wird durch diese oder jene Umstände gezwungen, seinen Platz zu verlassen. Er wandert von Ort zu Ort, findet aber nirgends, trotz angestrengtesten Suchens, Arbeit. Ist dies ein paar Monate hindurch der Fall, so werden selbstverständlich die etwa besessenen Geldmittel zu Ende sein, und will dann der Betroffene nicht verhungern oder sterben, so muß er die Mithätigkeit der Leute in Anspruch nehmen.

Wird aber dann ein solcher Arbeiter, der ohnedies sein Wohlthunselbst thut, um Arbeit zu bekommen, von Polizeiorganen angehalten, so erfolgt unzweifelhaft die Aburtheilung als Bagant, da ja alle Merkmale des § 1 des Bagantengesetzes (Umherziehen ohne bestimmten Wohnort, Subsistenzlosigkeit u. c.) zutreffen; darum kümmert sich Niemand, worin die Ursache dieses unfreiwilligen Herumziehens liegt. Ist aber einmal eine Aburtheilung vorbei, dann folgt die zweite, dritte u. rasch hintereinander, d. h. wenn nicht günstige Umstände dies verhindern. Wer aber schon dreimal wegen dieser Uebertretung dem Gesetze verfallen, ist in dem Auge des Richters ein Professionsvagabund, auf den schon der höhere Straßatz anzuwenden kommt. Und darf es Jemand Wunder nehmen, wenn unter den Hunderten auf solche Weise Abgestraften einige darunter sind, welche nicht die gehörige Charakterstärke besitzen, um sich aus dem Schlamme, in den sie von „Rechtswegen“ gestoßen wurden, herauszuarbeiten und die Verbrecherlaufbahn betreten? Wird dann ein solcher „Bagabund“ von der sogenannten „guten“ Gesellschaft höher gestellt oder für besser betrachtet, als ein schon 2 mal wegen Verbrechen abgestrafftes Individuum? Nein! — Wenn in irgend einem Hause ein Gegenstand abgeht und war kurz vorher ein armer Reisender“ da, so ist man flugs bei der Hand, den armen Teufel des Diebstahls zu beschuldigen, obwohl dieser Verdacht (aber nur bei gänzlich herabgekommenen Individuen, wie man sie in den verschiedenen Schnapslokalen sehen kann) oft nicht unbegründet ist. Es ist mir sogar schon der Fall vorgekommen, daß in dem Hause eines Advokaten Schmuckstücke und Baargeld entwendet wurden und sich der Thäter, nachdem man einen auf der Wanderung begriffenen Arbeiter bereits einen Monat in Untersuchungshaft behalten hatte, in der Person des Sohnes des Advokaten entpuppte.

Nun habe ich Ihnen berichtet, wie man in Oesterreich ordentliche Arbeiter zu Baganten und sogar zu Verbrechern „macht“. Möge sich der Artikelschreiber der Schlesierin dies hinter die Ohren schreiben, um sich, wenn er noch einmal einen derlei Artikel fabriziren wollte, mehr der Wahrheit (die ihm eine ganz unbekannt große zu sein scheint) zu befehligen. Und wenn er schon das Bagabundenleben so anziehend findet, so soll er sein Bündel auf den Rudel nehmen und auch vagiren. Ich glaube, er würde bald wieder in die treuen Arme der schlesischen Anstandsdame zurückkehren und gerne die Ertrugenschaften seiner Wandererschaft, die da meist bestehen in verschiedenen niedlichen Insekten, dem gesammten Bagabundenthum testiren. Daß es wirklich Strolche giebt, welche sich durch Bettel und Fingerfertigkeit das Leben fristen, will ich nicht bestreiten. Ich habe aber schon gezeigt, wo häufig die Ursache liegt, ohne noch zu erwähnen, daß in den meisten Fällen die Vernachlässigung der Jugendergziehung den Grundstein zu solchem Unwesen legt. Wer aber an dieser vernachlässigten Erziehung der Hauptschuldige ist, brauche ich nicht mehr zu erörtern, da dies in der sozialdemokratischen Presse schon so oft geschehen ist, daß man meinen könnte, auch der Bagabunden „freund“ habe schon etwas davon vernehmen können, wenn er gewollt hätte.

Ich will nun schließen mit dem Wunsche, daß es bald keine Bagabunden mehr giebt, sonst würden am Ende die ganzen liberalen Zeitungsschreiber vor Reid über deren glänzendes Schicksal bersten, was doch ein großes Unglück wäre — und zeichne mit sozialdemokratischem Gruß Franz Leitner.

### Correspondenzen.

Berlin, 10. Juli. Dr. Max Hirsch ist über Bord geworfen. Wie die Organe der Fortschrittspartei melden, hat der Vorstand des fortschrittlichen und des nationalliberalen Wahlvereins für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis beschlossen, von der Candidatur des sozialen Quackalbers abzusehen und an dessen Stelle Herrn Professor Hänel, dessen Wiederwahl im Kieler Kreise sehr fraglich geworden sein soll, aufzustellen. Dieser Beschluß soll einer demnächst zu berufenden größeren Versammlung zur endgültigen Sanction vorgelegt werden. — Der Ring hat also Wörchen kalt gestellt. Wörchen hat seine Schuldigkeit getan, Wörchen kann gehen. — Es ist wohl an der Zeit, bei der Gelegenheit daran zu erinnern, wie Wörchen überhaupt zum 1. Berliner Wahlkreis kam. Bekanntlich war schon im Jahre 1874 der 6. Wahlkreis von den Sozialisten scharf bedroht, damals hatten auch die Gewerkvereiner einen eigenen Candidaten aufgestellt. Im Jahre 1877 fürchtete der Ring von vornherein, den 6. Wahlkreis an die Sozialisten zu verlieren. Der erste Wahlkreis aber war von den Fortschrittler an die Nationalliberalen bereits aufgegeben, da wurde denn, um die Gewerkvereiner im 6. Kreise zu sichern, Hirsch der verloren geglaubte 1. Kreis angeboten, dadurch aber der Erfolg erzielt, daß die Fortschrittler zwischen zwei Stühlen auf den Boden zu sitzen

kamen. Der 6. Wahlkreis ging verloren und im 1. Wahlkreise wurde Hirsch gewählt, zum großen Aerger des fortschrittlichen Ringes selbst. Da dieses Mal der 6. Wahlkreis von vorn herein für verloren gilt, was ja auch die Doppelcandidatur Hirsch beweist, der Fortschritt also keine Ursache hat, um die Stimmen der Gewerkvereiner zu heucheln, so wird Hirsch einfach aufs Pfahle gesetzt. Ob diese Behandlung ihres „Verbands-Kandidaten“ die Gewerkvereiner von ihrer Fortschrittsduselei kuriren wird?

Dr. Max Hirsch selbst hat noch Hoffnung. Er läßt im neuesten „Gewerkverein“ Folgendes schreiben:

„Bei dem besonderen Interesse, das unsere Mitglieder und Freunde der Candidatur des Dr. Max Hirsch im 1. Berliner Wahlkreise widmen, finden wir uns verpflichtet, die jetzige Lage der Angelegenheit in Kürze darzulegen. Nach einer Notiz in vielen Berliner Blättern (vom 9. d.) sollen die Vorstände der fortschrittlichen und nationalliberalen Wahlvereine im 1. Wahlkreis beschlossen haben, entgegen dem fast einstimmigen Beschlusse der großen Vertrauensmänner-Versammlung am 19. Juni, nicht Dr. Hirsch, sondern Herrn Prof. Hänel der allgemeinen Wählerversammlung als Candidaten vorzuschlagen. Als Motiv wird angeführt, daß die Stimmung in den Wählerkreisen bei Anfechtung der Candidatur des Erstgenannten eine Gefährdung des Wahlkreises für die liberale Partei befürchten lasse. Dies dürfte jedoch auf einem Irrthum beruhen. Gerade die große Vertrauensmänner-Versammlung hat das Gegenheil einer solchen Stimmung klar bewiesen und die Führer der Nationalliberalen haben wiederholt erklärt, daß ihre wirklichen Parteigenossen für jeden von der Fortschrittspartei aufgestellten Candidaten stimmen werden. Selbstverständlich hängt nun die Entscheidung allein von der demnächst stattfindenden allgemeinen Wählerversammlung ab; Dr. Hirsch ist, nachdem ihn die Vertrauensmänner-Versammlung nahezu einstimmig als alleinigen Candidaten empfohlen hat, offenbar nicht in der Lage, zurückzutreten, ehe er nicht die Ueberzeugung gewonnen hat, daß in Widerspruch mit so vielen Kundgebungen des Vertrauens die Mehrheit der liberalen Wähler gegen seine Wiederwahl ist.“

Ein Schauspiel für Götter, wenn sich die Fortschreiter untereinander in den Haaren liegen.

### Briefkasten.

der Redaktion. F. L. in Ueberlingen: Dieser Aufsatz erscheint in allen liberalen Zeitungen. Wir besprechen diesen Gegenstand unter Kundsthan. — W. St. in Breslau: Sehr erwünscht.

der Expedition. W. Hirsch W. b. Pfl.: Es ist nicht verboten, Ihr abom. Expl. lesen zu lassen, wenn Sie wollen. 90 Pfg. erhalten. — E. Kroll in Ansbach: Unter dieser Adresse sandten wir Ihnen Verlangtes per Kreuzband, welches aber mit dem Bemerk: „Unter angegebener Adresse nicht zu bestellen“ zurückkam. Bitten daher um genauere Adresse. — Frdr. Wille Herzberg: Wenn Sie eine Nr. nicht erhalten, reklamiren Sie dieselbe sofort bei der dortigen Zeitungs-Expedition. Haben Sie die betr. Nr. innerhalb 8 Tagen nicht erhalten, so müssen Sie sich bei der zuständigen Postdirection beschweren, oder Sie verständigen uns wieder hiervon, damit wir reklamiren.

Quittung. Allgr Schwab. Gmünd Ann. 0,50. N. Düsseldorf Ab. 9,20. Pfl. Straß. Ab. 5,22. Währ. Stud. Ab. 4,90. Hlgl. Nordhaus Ab. 12,55. Engl. Rendnig Ab. 60,00. G. hier Ab. 3,20. Wt. Mainz Ab. 60,05. Salz. Wschach Ab. 1,39. Schr. Paris Ab. 4,00. Wt. Mann hier Ab. 1,80. Dr. hier Ab. 0,60. Wt. Mann hier Ann. 3,90. Hlgl. hier Ab. 100,00. Scrin. Wien Ab. 26,70. Gr. Ber. Ab. 2,28. R. Jägerndorf Ab. 35,00. Gr. Wien Ab. 4,95. Brühl. Janowitz Ab. 6,00. Wt. Berlin Ann. 5,40. Wt. Jäger. Passau Ab. 0,90. Wt. Berlin Ab. 21,90. Wt. Jäger. Sch. 12,00. Hlgl. hier Ab. 3,40.

Berichtigung. In dem Leitartikel in Nr. 63 des „Vorwärts“ „Anstehende Krankheiten“ muß es selbstverständlich im Schlusssatz heißen: „Reichsfreunde über unser Heimathland!“

### Wahlfonds.

Von mehreren £ hier Liste 904 12,00; W. S. i. R. 3,00; J. R. 1,50; Schmitt 2,20,00; Jmmrstr. G. R. 5,00; Dmstr. R. 3,00; R. H. 3,00; v. P. v. L. ein Freund in England d. Dr. P. i. R. 40,00; B. B. Bernsdorf 4,90; S. B. das. 3,00; E. B. das. 3,00; W. d. „Pionier“ hier 7,75; v. L. d. W. 0,50; do 0,50.

### Für Colporteurs.

Vogel, Verfälschung der Lebensmittel; Engländer, Geschichte der französischen Arbeiter-Associationen und sonst. Parteilichkeiten liefert soliden Colporteurs u. Wiederverkäufern m. höchstem Rabatt i. Rechn. Rasterführung gratis. G. Müller, Exportbuch. Berlin, Forsterstr. 55. (4a) (j. 41) 1,80

Durch uns ist zu beziehen:

### Die Freiheit.

Büste in Gyps 25 Centimeter hoch, modellirt nach der Courbet'schen Büste „Liberté“.

Preis pro Stück in Weiß 2 Mark, in Eisenbeinton 2,50 Mark. Consoles (Träger) hiezu in schöner Ausstattung pro Stück weiß M. 0,80, Eisenbeinton M. 1,20.

Bei Bezug von 6 Stück 25% Rabatt. Verandt ohne jede Ausnahme nur gegen baar und auf Wag und Gefahr des Bestellers.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Die Wahlagitationsnummer.

ist erschienen.

Dieselbe enthält:

1. Ansprache des Centralwahlcomité, die Wahlen betreffend.
2. Zum bevorstehenden Wahlkampf.
3. Unsere Prinzipien.
4. Rückblicke auf den aufgelösten Reichstag.
5. Den Verläumdern.
6. Wahlgesetz und Wahlreglement u.

Preis für je 100 Expl. 1,50 M. ohne Porto.

Verandt nur gegen baar oder Postvorschuß.

Da wir erwarten, daß die Parteigenossen allerorts von diesen Agitationsmittel in dem jetzigen Wahlkampfe den ausgiebigsten Gebrauch machen werden, ersuchen wir die Bestellungen rechtzeitig zu machen, damit nicht unliebsame Verzögerungen eintreten.

Leipzig, 11. Juni 1878.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig. Redaktion und Expedition Forsterstr. 12. II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.